

27. Oktober 2012 | Charlottenburg-Wilmersdorf

# Pflichtabgabe für Boulevard

## Gottfried Kupsch über „Business Improvement District“

Berlin. Berlin ist überschuldet. Der Haushalt des Bezirks steht unter Aufsicht des Landes. Kein Geld also in den öffentlichen Kassen, um beispielsweise dem Kurfürstendamm das Erscheinungsbild zu geben, das dem berühmtesten Boulevard der Stadt zusteht. Die Arbeitsgemeinschaft City (AG City), ein Zusammenschluss von Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden, hat eine Initiative zur Lösung dieses Problems angestoßen. Es heißt BID, Business Improvement District. In einem räumlich festgelegten Bereich finanzieren Grundstückseigentümer auf landesgesetzlicher Grundlage Maßnahmen zur Verbesserung ihres Umfeldes und seiner Attraktivität. Die Idee von der Aufwertung von Geschäftsstraßen und ihrer längerfristigen Pflege stammt aus Kanada. Deutschlands erstes BID ging 2005 in Hamburg an den Start. Mittlerweile gibt es in der Hansestadt zwölf. In sechs Bundesländern ist das Verfahren gesetzlich geregelt, in Berlin noch nicht. Wie BID funktioniert und welche Hürden dafür genommen werden müssen, darüber sprach das Berliner Abendblatt mit AG City-Vorstandsmitglied Gottfried Kupsch.

### Warum ist BID in der City West notwendig?

Das Verständnis für die Notwendigkeit eines BID kann besser erklärt werden, wenn unterschieden wird nach einem Bau-BID und einem Marketing-BID. Eine Straßengemeinschaft wird den Wettbewerbsnachteil gegenüber einem Einkaufszentrum, in dem die Ladenmieter einen Zwangsbeitrag für die jeweilige Werbegemeinschaft bezahlen müssen, nur über eine BID lösen



Gottfried Kupsch, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft City (AG City) ist vom Erfolg des Projekts überzeugt. Foto: pv

können. Beispielhaft kann hier die Organisation und Durchführung von Shopping Events und die Weihnachtsbeleuchtung genannt werden. Beides ist heute nur durch mühseliges „Erbeiten“ von Geldern machbar, was bei einem großen Filialisierungsgrad besonders schwer ist.

Das Bau-BID ist wichtig, weil der Staat in Zukunft nur noch das gesetzlich Notwendigste machen wird. Das reicht aber nicht für Regionen mit einem hohen internationalen Anspruch. In der City West liegt der Umsatzanteil von „Nicht-Berlinern“ schon bei weit über 50 Prozent. Insofern haben Kurfürstendamm, Friedrichstraße, Potsdamer Platz und so weiter eine überregionale Bedeutung.

Muss eine gesetzliche Regelung

her oder würde es auch auf freiwilliger Basis funktionieren?

Wenn es um freiwillige Beiträge geht, bekommen wir oft als Antwort, warum wir und nicht mein Nachbar. Wenn aber geregelt ist, dass alle bezahlen müssen, wird eine solches Vorhaben akzeptiert. Diese Erfahrung hat Hamburg gemacht.

Haben Sie mit den Grundstückseigentümern schon über das Verfahren gesprochen?

Wir haben mit zahlreichen Eigentümern vor unserer Initiative gesprochen. Die Reaktion war in der Regel positiv.

Sehen Sie eine Gefahr, dass sich die öffentliche Hand durch BIDs aus der Verpflichtung zur Daseinsvorsorge stiehlt?

Die Gefahr ist da, auch wenn im BID-Gesetz ausdrücklich darauf hingewiesen ist, dass die Gelder nur für Maßnahmen eingesetzt werden dürfen, zu denen der Staat nicht verpflichtet ist. Die Bandbreite zwischen dem Notwendigen und dem wirtschaftlich Gebotenem ist groß.

Ganz wichtig ist außerdem, dass das Geld nicht in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern die Träger des BID, die Eigentümer und Geschäftsleute, über den Einsatz der Mittel selber entscheiden.

Wer muss wie auf Bezirks- und Senatsseite mitspielen?

Wir werden ein BID nur durchsetzen können, wenn es uns gelingt, die Parlamentarier zu überzeugen. Die Verwaltungen sind nicht die richtigen Ansprechpartner. Die fürchten die zusätzliche Arbeit.

Das Gespräch führte  
Karen Eva Noetzel